

Langfristig Arbeitslose – die neue Unterschicht Ostdeutschlands?

Andreas Mergenthaler



Andreas
Mergenthaler

Zusammenfassung

Im Beitrag wird untersucht, ob langfristig Arbeitslose seit der deutschen Wiedervereinigung in den neuen Bundesländern eine neue soziale Unterschicht herausgebildet haben. Das hätte gravierende gesellschaftliche und politische Folgen. Was eine Unterschicht ist, wird anhand zweier Varianten des weithin anerkannten Schichtbegriffs Theodor Geigers geklärt. Die empirischen Ergebnisse deuten (noch) nicht darauf hin, dass in den letzten Jahren eine Schicht langfristig Arbeitsloser entstanden ist. Eine differenzierte Betrachtungsweise der Unterschicht-Frage ist daher anzuraten.

Einleitung

Während ihres 40-jährigen Bestehens war offene Arbeitslosigkeit in der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (DDR) aus politisch-ideologischen Gründen offiziell unbekannt, und damit auch der Wahrnehmung der Menschen entzogen. Seit der „Wende“ in den Jahren 1989/90 ist jene komfortable, aber auch trügerische Beschäftigungssicherheit für große Teile der Ostdeutschen schlagartig verloren gegangen. In Folge eines historisch beispiellosen wirtschaftlichen und politischen Transformationsprozesses wurden seit der Wiedervereinigung in den ostdeutschen Regionen nahezu alle Branchen und Wirtschaftsbereiche nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten umgestaltet. Eine wesentliche Folge dieses tiefgreifenden Strukturwandels ist die massenhafte „Freisetzung“ von Arbeitskräften; die markanteste Folge des Transformationsprozesses in Ostdeutschland stellt „der Sprung von einer Gesellschaft ohne offene Arbeitslosigkeit in eine Gesellschaft mit Massenarbeitslosigkeit“ (Diebold/Solga 1997, S. 225f. zit. n. Vogel 1999, S. 10) dar. Dies beeinflusst sowohl die Wahrnehmung des gesellschaftlichen Umbruchs als auch das sich neu formierende Gefüge ungleicher Sozialstruktur wesentlich.

Wie aus den Arbeitsmarkt- und Beschäftigtendaten des Statistischen Bundesamtes hervorgeht, hat sich eine stetig wachsende Anzahl Langzeitarbeitsloser, d.h. Menschen, die ein Jahr und länger ohne Unterbrechung bei einem Arbeits-

der Sprung von einer Gesellschaft ohne offene Arbeitslosigkeit in eine Gesellschaft mit Massenarbeitslosigkeit

eine stetig wachsende Anzahl Langzeitarbeitsloser als beständiges Merkmal der ostdeutschen Sozialstruktur

amt arbeitssuchend gemeldet sind, als beständiges Merkmal der ostdeutschen Sozialstruktur etabliert. Angesichts dieser gesellschaftlichen Entwicklung tauchen auch für die neuen Bundesländer Fragen auf, wie sie bereits im Herbst letzten Jahres als „Unterschicht“-Debatte in den Medien präsent waren. So wird in einem Beitrag des Spiegel (2006, Ausgabe 43, S. 28f.) als wesentliches Merkmal der Unterschicht – oder des „abgehängten Prekariats“, wie sie in einer vielzitierten Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung heißt – „...die gemeinsame Erfahrung, über längere Zeit arbeitslos zu sein...“ und eine resignative Einstellung gegenüber der Möglichkeit, wieder Arbeit zu finden, genannt.

Aus der Perspektive empirischer Sozialforschung soll im vorliegenden Beitrag die Frage untersucht werden, ob sich eine „Unterschicht“ langfristig arbeitsloser Menschen herausgebildet hat, die typische resignative Einstellungen in Bezug auf Erwerbsarbeit aufweisen. Als Datengrundlage dient die ostdeutsche Stichprobe des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP-Ost).

1 Theoretischer Ansatz: Was ist eine „Unterschicht“?

Das Konzept, das nach dem Stand der vorliegenden Literatur in der deutschsprachigen Debatte für die vorliegende Fragestellung am fruchtbarsten erscheint, ist der Schichtbegriff im Sinne Theodor Geigers. Dieser taucht in Geigers Werken in einer *sozialpsychologischen* bzw. *subjektiven* und einer *objektiven* Variante auf (vgl. Geiger 1962, 1967), die im Folgenden als sich gegenseitig ergänzende Konzepte verstanden werden.

Um zu untersuchen, ob Arbeitslose in den neuen Bundesländern eine soziale Schicht im „objektiven“ Sinne bilden, sind vor allem drei Fragen zu berücksichtigen: Kommt Arbeitslosigkeit als bestimmendes Kriterium für eine soziale Schicht in Betracht, d.h. weisen die empirischen Ergebnisse darauf hin, dass Arbeitslose eine neuartige aber zahlenmäßig umfangreiches sowie zeitlich relativ beständiges gesellschaftliches Merkmal sind? Welche Personengruppen werden typischerweise arbeitslos und welche schaffen es nur schwer, wieder Arbeit zu finden? Sind Menschen, die relativ lange arbeitslos sind, in ähnlicher Form materiell und sozial benachteiligt?

Bei der „subjektiven“ Variante des Geigerschen Schichtbegriffs soll die Frage geklärt werden, ob Menschen in Ostdeutschland, die relativ lange arbeitslos sind, berufliche Einstellungen und Verhaltensweisen ausbilden, die sie von Menschen ohne Arbeitslosigkeitserfahrung unterscheiden.

2 Ursachen, Strukturen und Folgen ostdeutscher Transformationsarbeitslosigkeit

2.1 Entwicklung der Arbeitslosigkeit nach der deutschen Wiedervereinigung

Das gesellschaftliche Selbstverständnis und die Sozialstruktur der DDR entsprachen einer um industrielle Erwerbsarbeit zentrierten Arbeits- und Arbeitergesellschaft (vgl. Vogel 1999, S. 22f.). Nach vier Jahrzehnten staatlich garantierter Vollbeschäftigung sahen sich die Menschen in Ostdeutschland aufgrund des abrupten Zusammenbruchs der wirtschaftlichen- und politischen Ordnung in den ersten Jahren nach der Wende plötzlich mit dem Phänomen massenhafter struktureller Arbeitslosigkeit konfrontiert. Seit Februar 1990 gibt es für Ostdeutschland eine offizielle Arbeitslosenstatistik. Zu diesem Zeitpunkt, der noch in den Prozess der Wiedervereinigung fällt, waren bei den Arbeitsämtern etwa 9.000 Arbeitslose registriert. Dies entsprach einer Arbeitslosenquote von lediglich 0,1%. Die Arbeitslosenzahl bzw. -quote in Ostdeutschland ist von 1990 bis Ende 1991 stetig angestiegen. Im Sommer 1990 waren bereits 272.000 Menschen arbeitslos gemeldet. Dies entsprach einer Arbeitslosenquote von 3,1%. Im November des gleichen Jahres lag die Arbeitslosenquote in den neuen Bundesländern mit 6,7% zum ersten Mal über der westdeutschen (6,4%). Bis zum Juli 1991 kam es zu einem weiteren sprunghaften Anstieg der Arbeitslosen, so dass bereits weniger als ein Jahr nach der deutschen Wiedervereinigung mehr als eine Million Arbeitslose in Ostdeutschland registriert waren. Im Januar 1992 erreichte die Arbeitslosenquote in den neuen Bundesländern bereits 16,5%. In der zweiten Hälfte der 90er Jahre stieg die Arbeitslosenquote in allen Bundesländern erneut rapide an und verharrt seitdem – von leichten Schwankungen zwischen einzelnen Bundesländern abgesehen – auf hohem Niveau zwischen 18,6% in Thüringen und 22,1% in Mecklenburg-Vorpommern (Stand 2005).

Arbeitslosenquote auf hohem Niveau zwischen 18,6% in Thüringen und 22,1% in Mecklenburg-Vorpommern

2.2 Die Struktur ostdeutscher Arbeitslosigkeit

2.2.1 Zeitliche Strukturierung

Ostdeutsche Transformationsarbeitslosigkeit ist einerseits durch starke Fluktuation, durch ständiges „Kommen und Gehen“ geprägt. Viele Menschen scheiden nur kurzfristig aus dem Erwerbsprozess aus. Andere bleiben für relativ lange Zeit arbeitslos. Bei diesem Personenkreis verstetigen sich Abschnitte von Arbeitslosigkeit über mehrere Monate oder gar Jahre.

Im Allgemeinen können drei Formen zeitlicher Verläufe ostdeutscher Transformationsarbeitslosigkeit unterschieden werden: Erstens, die in der Regel einmalige Arbeitslosigkeit, die auf eine relativ kurzzeitige Übergangsphase begrenzt ist. Zweitens, eine periodisch wiederkehrende Arbeitslosigkeit („perforierte“ Arbeitslosigkeit), bei der die zeitliche Dauer einzelner Abschnitte der Arbeitslosigkeit variieren kann. Drittens, Langzeit- oder Dauerarbeitslosigkeit,

die eine meist jahrelange kontinuierliche Erwerbsbiographie aus DDR-Zeiten abrupt und dauerhaft beendet (vgl. Vogel 1999, S. 78f.). Dauerarbeitslosigkeit wird hierbei definiert als Arbeitslosigkeit, die länger als zwei Jahre ohne Unterbrechung andauert.

Langzeit- oder Dauerarbeitslosigkeit werden im Folgenden als Formen langfristiger Arbeitslosigkeit bezeichnet. Im Extremfall können sich auch mehrere Arbeitslosigkeitsabschnitte, die kürzer als ein Jahr sind, zu langfristiger Arbeitslosigkeit aufsummieren. Langfristige Arbeitslosigkeit bezeichnet in der empirischen Sozialforschung eine weiter gefasste Form des in § 18 Sozialgesetzbuch III recht eng definierten und auch der amtlichen Statistik zugrunde liegenden Begriffs der Langzeitarbeitslosigkeit. Im Gegensatz zur Langzeitarbeitslosigkeit werden bei langfristiger Arbeitslosigkeit auch Personen erfasst, die nach kurzen Unterbrechungen durch ABM, Weiterbildungsmaßnahmen u.ä. sofort wieder arbeitslos gemeldet waren, sofern die Arbeitslosigkeit insgesamt länger als ein Jahr andauert. Formen langfristiger Arbeitslosigkeit sind in struktureller Hinsicht eine notwendige, wenn auch nicht hinreichende Voraussetzung einer sozialen Schicht im „objektiven“ Sinne. Aus diesem Grund wird im Folgenden die Entwicklung langfristiger Arbeitslosigkeit im Vordergrund stehen.

Formen langfristiger Arbeitslosigkeit sind in struktureller Hinsicht eine notwendige, wenn auch nicht hinreichende Voraussetzung einer sozialen Schicht im „objektiven“ Sinne

Bereits 1991 deuten Befunde des Arbeitsmarkt-Monitors, einer repräsentativen Längsschnittuntersuchung der erwerbsfähigen Bevölkerung für die neuen Bundesländer, auf eine zunehmende zeitliche Verstetigung der Arbeitslosigkeit hin. Die Gruppe langfristig Arbeitsloser nahm bereits zu diesem Zeitpunkt sowohl anteilmäßig als auch absolut zu. So waren im Juli 1991 bereits 57% der ostdeutschen Arbeitslosen mehrfach über mehrere Monate hinweg arbeitslos oder einmalig langzeitarbeitslos im Sinne des Gesetzgebers und können somit als langfristig Arbeitslose angesehen werden. Vor allem die Zahl der Dauerarbeitslosen stieg bis Mitte der 90er Jahre rapide an. Betrug ihr Anteil an allen Arbeitslosen im Jahr 1992 nur rund 5%, so waren es 1994 bereits knapp 15%. Der Anteil der Dauerarbeitslosen hat sich somit innerhalb von zwei Jahren verdreifacht (vgl. Vogel 1999, S. 77).

Ergebnisse statistischer Auswertungen, die der Autor auf Basis der ostdeutschen Stichprobe des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP-Ost) vorgenommen hat, weisen in eine ähnliche Richtung. Als Panel wird eine Untersuchungsmethode bezeichnet, bei der an denselben Personen die gleichen oder ähnlichen Daten in regelmäßigen Zeitabständen (sogenannten „Wellen“) wiederholt erhoben werden. In den Wellen des Sozio-ökonomischen Panels wird die Erwerbssituation der teilnehmenden Personen bzw. Abschnitte offener Arbeitslosigkeit in Form eines monatlichen Kalendariums rückblickend erfragt. Insgesamt umfasst dieser Untersuchungszeitraum Januar 1990 bis Dezember 2003. Durch ein solches Instrument ist es möglich, die zeitliche Strukturierung ostdeutscher Transformationsarbeitslosigkeit sowie die Gesamtdauer des Verbleibs in Arbeitslosigkeit für jeden einzelnen Befragten zu analysieren. Um die zeitliche Dauer und das Ausmaß der Betroffenheit von langfristiger Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf zu untersuchen, wurden sowohl Typen von Arbeitslosigkeitsverläufen als auch der Anteil von Abschnitten offener Arbeitslosigkeit im Verhältnis zum Untersuchungszeitraum berechnet.

Abbildung 1: Zeitliche Strukturierung der im SOEP erhobenen Abschnitte von Arbeitslosigkeit zwischen 1990 und 2003;

Anzahl der Personen in der Stichprobe: 1.283

Typen von Arbeitslosigkeitsverläufen		Anteil an der Stichprobe (in %)	Durchschnittliche Häufigkeit von Arbeitslosigkeitsabschnitten pro Person	Durchschnittliche Länge der Arbeitslosigkeitsabschnitte pro Person (in Monaten)
Keine oder kurze Arbeitslosigkeit	Typ 1: Keine Erfahrung mit Arbeitslosigkeit	38	0	0
	Typ 2: Mindestens einmal arbeitslos (Gesamtdauer der Arbeitslosigkeit unter 12 Monaten)	24	2	5
Formen langfristiger Arbeitslosigkeit	Typ 3: Einmalig Langzeitarbeitslos (mindestens 12 bis höchstens 23 Monate)	4	1	15
	Typ 4: Mehrfach arbeitslos mit mindestens einem Abschnitt länger als 12 Monate	29	4	13
	Typ 5: Einmal mindestens 2 Jahre durchgehend arbeitslos gemeldet (Dauerarbeitslosigkeit)	5	1	44
Summe/Durchschnitt insgesamt		100	2	19

Quelle: SOEP-Ost (Wellen 1990 bis 2004); eigene Darstellung

Erfahrungen mit offener Arbeitslosigkeit sind von einer Mehrheit (insgesamt 62%) der in der Stichprobe vertretenen Erwerbspersonen gemacht worden. Langfristige Arbeitslosigkeit wurde von den Typen 3, 4 und 5 mindestens einmal während des Untersuchungszeitraum durchlebt. In der Summe können damit immerhin 38% der in der Kohorte vertretenen Personen in einen der Verlaufstypen langfristiger Arbeitslosigkeit integriert werden (vgl. Abb. 1).

Langfristige Arbeitslosigkeit führt nicht zum vollständigen Ausschluss vom Erwerbsleben. Es kann jedoch anhand der Daten des SOEP-Ost gezeigt werden, dass offene Arbeitslosigkeit, die mindestens als 30% des Untersuchungszeitraumes bzw. in der Summe mehr als 50 Monate von 1990 bis Ende 2003 andauerte, für einige Menschen zum Normalzustand ihrer Erwerbsbiographie geworden ist. Mit anderen Worten: Seit der „Wende“ hat sich in Ostdeutschland eine Gruppe von Personen herausgebildet, für die das konventionelle Bild einer Erwerbsbiographie, die im schlimmsten Falle von Phasen offener Arbeitslosigkeit unterbrochen wird, nicht länger zutrifft; vielmehr werden relativ dauerhafte Episoden offener Arbeitslosigkeit von unregelmäßigen, kurzzeitigen Phasen der Erwerbstätigkeit unterbrochen.

Seit der „Wende“ hat sich in Ostdeutschland eine Gruppe von Personen herausgebildet, für die das konventionelle Bild einer Erwerbsbiographie nicht länger zutrifft

2.2.2 Soziale Determinanten

Das demographische Profil ostdeutscher Transformationsarbeitslosigkeit weist sowohl Gemeinsamkeiten als auch Unterschiede mit westdeutschen Mustern auf.

Die Risiken des Arbeitsplatzverlustes und die Chancen, den Wiedereinstieg ins Erwerbsleben zu schaffen, häufen sich im wesentlichen bei Gruppen, die seit Mitte der 1980er Jahre auch Westdeutschland in hohem Maße von Arbeitslosigkeit bedroht bzw. betroffen sind: Erwerbstätige jenseits des 45sten Lebensjahres, gesundheitlich Beeinträchtigte und Menschen mit fehlender, mangelnder oder veralteter beruflicher Qualifikation.

Vor allem in der Wendezeit war ein breites Spektrum von sozialen Gruppen und Berufen gleichermaßen von Arbeitslosigkeit betroffen; die Gruppe ostdeutscher Arbeitsloser ist daher bis heute und auch in absehbarer Zukunft *sozial heterogener* zusammengesetzt als Arbeitslose in den alten Bundesländern (vgl. Voigt/Hill 1993, S. 104; Ehrhardt/Hahn 1993, S. 52).

Überblicksartig lassen sich die hieraus ergebenden strukturellen Besonderheiten sowohl kurzfristiger als auch langfristiger Transformationsarbeitslosigkeit im Vergleich zur Arbeitslosigkeit in den alten Bundesländern wie folgt charakterisieren:

- a) ein höherer Frauenanteil,
- b) ein höherer Anteil von Personen zwischen 45 und 54 Jahren; ein niedrigerer Anteil von über 55jährigen (bis Ende 1992),
- c) ein niedrigerer Anteil Alleinlebender,
- d) ein durchschnittlich höheres Bildungs- und Qualifikationsniveau.

Unter den genannten Merkmalen identifizierten mehrere Studien aus den 90er Jahren als wichtigste Merkmale langfristig Arbeitsloser in den neuen Bundesländern das *Geschlecht*, das *Lebensalter* und die *berufliche Qualifikation* (vgl. Vogel 1999, S. 80).

Die Ergebnisse zur sozialen Strukturierung langfristiger Arbeitsloser anhand der Daten des SOEP-Ost bestätigen weitgehend diese Befunde. Der stärkste Bestimmungsfaktor für den langfristigen Verbleib in Arbeitslosigkeit ist auch im Jahr 2004 das *weibliche Geschlecht*. Deutliche Einflüsse gehen auch von der *Höhe des Lebensalters* und *fehlender bzw. geringer beruflicher Qualifikation* aus.

2.3 Die Lebensbedingungen langfristig Arbeitsloser

Langfristige Arbeitslosigkeit beeinflusst u.a. die materielle, soziale und gesundheitliche Lage der Betroffenen. In der wissenschaftlichen Fachliteratur wurden die Folgen langfristiger Arbeitslosigkeit vor allem im Hinblick auf absinkenden *materiellen Wohlstand* und auf zurückgehende *soziale Kontakte* im privaten Bereich untersucht. Ergebnisse aus empirischen Untersuchungen, wie z.B. einer Panelerhebung des Brandenburgischen Instituts für Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsentwicklung (dem sogenannten „biab-Erwerbsverlaufspanel“) weisen

darauf hin, dass weniger die aktuelle Arbeitslosigkeit als solche für die Lebensbedingungen und Lebensweisen der Menschen bedeutsam ist, als vielmehr deren zeitliche Dauer. Folglich ist nicht die jeweilige Anzahl Arbeitsloser einer Gesellschaft schon ein Hinweis auf einen hiervon bestimmten Bereich sozialer Ungleichheit, sondern das Ausmaß zeitlich verfestigter und wiederholter Arbeitslosigkeit und die damit zumeist verbundenen ungleichen Chancen materieller, gesellschaftlicher und kultureller Teilhabe der Betroffenen.

Im Vergleich zu Westdeutschland spielen ausgleichende Partnereinkommen für die finanzielle Situation langfristig Arbeitsloser eine größere Rolle. Dies ist zum einen auf den höheren Anteil von Partnerhaushalten unter langfristig Arbeitslosen in Ostdeutschland zurückzuführen: Mitte der 90er Jahre lebten mehr als drei Viertel dieser Menschen mit einem Partner zusammen. Zum anderen ist aufgrund der hohen Frauenerwerbstätigkeit die Doppelerwerbsbeteiligung traditionell sehr viel höher als in den alten Bundesländern (vgl. Hahn/Schön 1996, S. 105). Dies hatte zur Folge, dass sich die finanzielle Situation für einen Teil der langfristig Arbeitslosen in Ostdeutschland keinesfalls so prekär entwickelte, wie dies in Westdeutschland der Fall war.

Nichtsdestotrotz waren auch in den neuen Bundesländern zum Teil drastische Wohlfahrtseinbußen bei einem Teil der langfristig Arbeitslosen nachzuweisen. So waren bereits ein Jahr nach der Wende 10% der Arbeitslosen und sogar 27% der langfristig Arbeitslosen auf Sozialhilfe angewiesen, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten (vgl. Ehrhardt/Hahn 1993, S. 51). In dieser Gruppe dominierten alleinlebende Arbeitslose, die keinerlei Kompensation durch Partnereinkommen erhielten.

Insgesamt lebten langfristig Arbeitslose in recht unterschiedlichen Einkommensverhältnissen. Diese Menschen bildeten in den 90er Jahren keineswegs in Gänze eine materiell benachteiligte Gruppierung oder gar eine von den Erwerbstätigen abgrenzbare Armutsbevölkerung. Eine durch Einkommensarmut gekennzeichnete Soziallage „Arbeitslosigkeit“ ließ sich in den 90er Jahren nicht beobachten (vgl. Hahn/Schön 1996a, S. 30).

Diese Einschätzung wird auch anhand der Daten des SOEP-Ost bis ins Jahr 2004 bestätigt. Unter langfristig Arbeitslosen finden sich sowohl relativ vorteilhafte als auch deutlich benachteiligende Lebensbedingungen. Es werden zwar Tendenzen sichtbar: Menschen, die mehr als 50 Monate im Untersuchungszeitraum arbeitslos waren, sind seltener verheiratet und weisen einen höheren Anteil lediger, geschiedener oder verwitweter Personen auf. Verheiratete langfristige Arbeitslose haben seltener Kinder. Das durchschnittliche Haushaltseinkommen langfristig Arbeitsloser ist während des gesamten Untersuchungszeitraumes deutlich geringer als das von Menschen ohne Arbeitslosigkeitserfahrung. Im Jahr 2004 verfügten Haushalte langfristig Arbeitsloser nur über 62% des Nettoeinkommens von Haushalten ohne Arbeitslose. Zwischen 17% und 23% der Haushalte langfristig Arbeitsloser verfügen im Untersuchungszeitraum über weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommens in der Stichprobe. Diese Haushalte befinden sich unterhalb der Grenze zur relativen Einkommensarmut. Es kann angesichts der Befunde jedoch nicht davon gesprochen werden, dass langfristig Arbeitslose eine Gruppierung mit gleichartigen Lebensbedingungen innerhalb der hier untersuchten Bereiche bilden. Auch

Eine durch Einkommensarmut gekennzeichnete Soziallage „Arbeitslosigkeit“ ließ sich in den 90er Jahren nicht beobachten

Es kann nicht davon gesprochen werden, dass langfristig Arbeitslose in Gänze eine neue ostdeutsche Armutsbevölkerung bilden.

heute bilden diese Menschen keinesfalls in Gänze eine neue ostdeutsche Armutsbevölkerung, noch treibt langfristige Arbeitslosigkeit die Betroffenen mehrheitlich in soziale Isolation.

2.4 Subjektive Bewältigung von Arbeitslosigkeit

Die DDR war nicht nur in Folge der hohen Erwerbsquote beider Geschlechter – in der DDR waren zum Ende der 80er Jahre rund 90% der Männer und etwas mehr als 80% der Frauen im erwerbsfähigen Alter erwerbstätig – sondern auch im Hinblick auf die Bedeutung, die Arbeit und Betrieb im Alltag der Menschen einnahmen, in stärkerem Maße als Arbeitsgesellschaft zu bezeichnen, als es die Bundesrepublik war. Erwerbsarbeit nahm in der gesellschaftlichen Wertehierarchie der DDR einen wichtigen Platz ein. Als Besonderheiten der Arbeitsbedingungen im real existierenden Sozialismus können längere Arbeitszeiten, stärkere Einbindung der Erwerbspersonen in Arbeitskollektive und Betriebe und ein höherer subjektiver Stellenwert der Arbeit genannt werden. Der Verlust einer Vielzahl von Arbeitsplätzen im Transformationsprozess wirkte sich daher weit aus stärker auf die alltägliche Lebenswelt, auf die Identität und die sozialen Beziehungen der Betroffenen aus, als dies in Westdeutschland denkbar wäre. So führte eine qualitative Befragung von Arbeitslosen in Mecklenburg-Vorpommern zum Ergebnis, dass es für die meisten Betroffenen undenkbar war, Arbeitslosigkeit als längeren Zustand zu akzeptieren und sich in dieser neuen Lebenssituation einzurichten (vgl. Voigt/Hill 1993, S. 108). Der subjektive Wert der Erwerbsarbeit blieb bei den Befragten ungebrochen hoch. Die Massenarbeitslosigkeit hatte daher in den neuen Bundesländern nur wenig mit der individuellen Leistungsfähigkeit und dem Arbeitswillen der Arbeitslosen zu tun (vgl. Voigt/Hill 1993, S. 123). Diese empirischen Ergebnisse wurden auch von anderen Studien aus den 90er Jahren bestätigt (u.a. Hahn/Schön 1996).

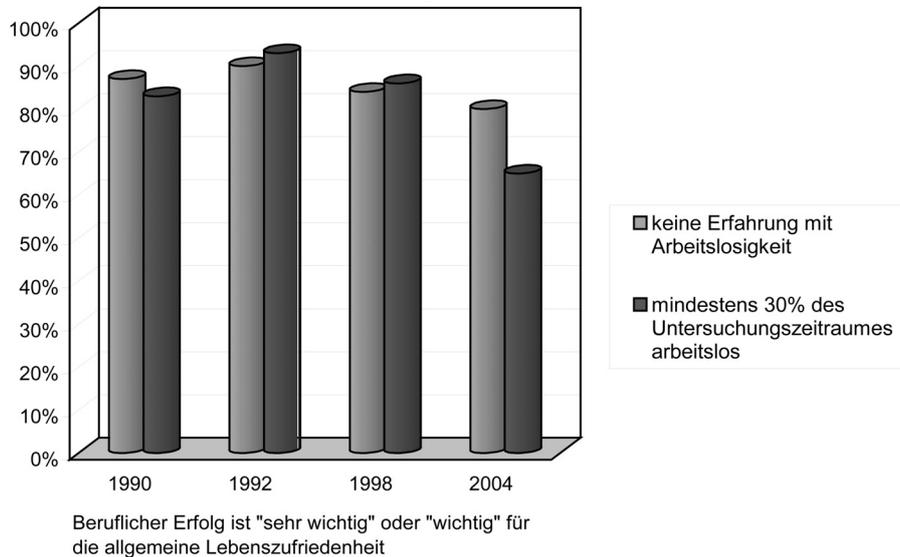
Der subjektive Wert der Erwerbsarbeit blieb bei den Befragten ungebrochen hoch.

Die hohe Wertschätzung von Erwerbsarbeit allgemein und die entsprechend konstant hohe Erwerbsorientierung bei der überwiegenden Mehrzahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter stellte ein Erbe aus der Sozialisation dieser Menschen in der DDR dar. Ungeachtet ihrer langfristigen Ausgrenzung vom Erwerbsleben, die für viele Menschen seit der „Wende“ zur Realität geworden war, schienen sie in den 90er Jahren ungebrochen auf das Arbeitsethos der Ex-DDR fixiert zu sein.

Betroffene gingen in den 90er Jahren im Allgemeinen in dreierlei Weise mit langfristiger Arbeitslosigkeit um: Sie fühlten sich erstens relativ selten stigmatisiert. Die hohe Eigeninitiative bei der Arbeitsplatzsuche konnte zweitens als Indiz dafür gedeutet werden, dass sie selbst bei zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit keineswegs handlungsblockiert waren. Drittens blieben langfristige Arbeitslose in den neuen Bundesländern mehrheitlich und unabhängig von der Dauer der Arbeitslosigkeit auf Berufsarbeit orientiert.

Diese älteren Befunde konnten auf Basis der Daten des SOEP-Ost auch bis ins Erhebungsjahr 2004 bestätigt werden.

Abbildung 2: Zeitliche Entwicklung beruflicher Einstellungen nach relativer Dauer der Arbeitslosigkeit



Quelle: SOEP-Ost (Wellen 1990 bis 2004); eigene Darstellung

Langfristig Arbeitslose aus Ostdeutschland sind auch heute noch beruflich ausgerichtet. Die Befragten schätzen den berufliche Erfolg für die allgemeine Lebenszufriedenheit während des gesamten Untersuchungszeitraumes mehrheitlich als „wichtig“ oder „sehr wichtig“ ein. Dies wird auch durch langfristigen Ausschluss aus dem Erwerbssystem nicht signifikant beeinträchtigt oder gar in Frage gestellt (vgl. Abb. 2). Die Wichtigkeit von Erwerbsarbeit allgemein wird von den langfristig Arbeitslosen der Stichprobe des SOEP-Ost im Jahr 1999 zu 86% als „sehr wichtig“ oder „wichtig“ für die allgemeine Lebenszufriedenheit angesehen. Diese Bewertungen sind unabhängig von Geschlecht, Lebensalter oder Bildungs- und Familienstand.

Abbildung 3: Zukünftiger Erwerbwunsch und aktive Stellensuche bei langfristig Arbeitslosen

Angabe	Jahr	Personen, die mindestens 30% des Untersuchungszeitraumes arbeitslos waren
Wunsch nach zukünftiger Erwerbstätigkeit besteht „ganz sicher“ oder ist „wahrscheinlich“	1994	85%
	1998	84%
	2004	54%
Aktive Arbeitssuche in den letzten 3 bis 12 Wochen	1994	69%
	1998	74%
	2004	72%

Quelle: SOEP-Ost (Wellen 1994 bis 2004); eigene Darstellung

Langfristig Arbeitslose wollen zu 85% im Jahre 1994 und noch zu 54% im Jahre 2004 in Zukunft einer Erwerbstätigkeit nachgehen.

Langfristig Arbeitslose wollen zu 85% im Jahre 1994 und noch zu 54% im Jahre 2004 in Zukunft einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Diese Menschen schätzen

zwar ihre Arbeitsmarktchancen ausgesprochen pessimistisch ein, geben aber während des gesamten Untersuchungszeitraumes persönliche Aktivitäten zur Arbeitssuche keinesfalls auf. So gaben in den Jahren 1994, 1998 und 2004 jeweils rund 70% der langfristig Arbeitslosen an, während der letzten 4 bis 12 Wochen aktiv auf Arbeitssuche gewesen zu sein (vgl. Abb. 3). Sollten auch die strukturellen Voraussetzungen für eine Unterschicht langfristig Arbeitsloser im Sinne der „subjektiven“ Variante in den neuen Bundesländern gegeben sein – eine typische Mentalität im Bezug auf berufliche Einstellungen und Verhaltensweisen ist unter den langfristig Arbeitslosen der ostdeutschen Stichprobe des Sozio-ökonomischen Panels auch gegenwärtig nicht zu beobachten.

3 Zusammenfassung und Ausblick

Offene Arbeitslosigkeit als ununterbrochenes „Lebensschicksal“ ist in Ostdeutschland zum gegenwärtigen Zeitpunkt kaum anzutreffen.

In Bezug auf die „objektive“ Variante des Geigerschen Schichtbegriffs kann folgender Schluss gezogen werden: Offene Arbeitslosigkeit als ununterbrochenes „Lebensschicksal“ (Geiger 1962, S. 201) ist in Ostdeutschland zum gegenwärtigen Zeitpunkt kaum anzutreffen. Permanente Arbeitslosigkeit deutet sich lediglich in Einzelfällen an. Sollten sich jedoch zukünftig Abschnitte von Arbeitslosigkeit bei einem Teil der heute langfristig Arbeitslosen weiter zeitlich verstetigen, droht diesen Menschen der endgültige Ausschluss vom Erwerbsleben.

Nur ein Teil der langfristig Arbeitslosen ist in materieller und sozialer Hinsicht benachteiligt. Nachteilige Lebensbedingungen – vor allem Einkommensarmut – treten umso deutlicher hervor, je länger die Arbeitslosigkeit andauert.

In der „subjektiven“ Variante einer Schicht langfristig Arbeitsloser wird angenommen, dass langfristig Arbeitslose typischerweise beruflich resignativ eingestellt sind. Nach den bislang vorliegenden empirischen Ergebnissen haben langfristig Arbeitslose in Ostdeutschland seit der Wende keine erwerbsbezogenen Einstellungen und Verhaltensweisen ausgeprägt, die sie von Menschen ohne Arbeitslosigkeitserfahrung unterscheiden. Demzufolge kann auch in der „subjektiven“ Lesart des Geigerschen Schichtbegriffs gegenwärtig nicht davon gesprochen werden, dass sich nach der „Wende“ eine neuartige Unterschicht langfristig Arbeitsloser in den neuen Bundesländern entwickelt hat.

In den nächsten Jahren ist damit zu rechnen, dass nachrückende Jahrgänge, welche nicht mehr durch das Arbeitsethos der DDR geprägt wurden, im Falle langfristiger Arbeitslosigkeit differenzierte Einstellungen und Verhaltensweisen entwickeln werden.

In den nächsten Jahren ist damit zu rechnen, dass nachrückende Jahrgänge, welche nicht mehr durch das Arbeitsethos der DDR geprägt wurden, im Falle langfristiger Arbeitslosigkeit differenzierte Einstellungen und Verhaltensweisen entwickeln werden. Ob eine Unterschicht langfristig Arbeitsloser der „subjektiven“ Variante in Ostdeutschland entsteht, ist somit gerade in den nächsten Jahren und Jahrzehnten von zunehmendem sozialwissenschaftlichem Interesse.

Welchen Schluss lassen diese Ergebnisse vor dem Hintergrund der noch vor einem halben Jahr vehement geführten Debatte um eine neue deutsche Unterschicht zu? Erstens weisen die Ergebnisse darauf hin, dass die Problematik regional differenziert ist. Dies wird öffentlich kaum wahrgenommen und in politischen Debatten selten thematisiert. Nicht nur die Frage, *ob* es eine Unterschicht in Deutschland gibt, ist relevant. Es ist auch wichtig, *wo* sie vornehmlich anzu-

treffen ist. Zweitens ist langfristige Arbeitslosigkeit zwar als wesentlicher, aber nicht als alleiniger Bestimmungsfaktor für die Zugehörigkeit zur sozialen Unterschicht zu werten. Wird die Debatte auf den Verlust des Arbeitsplatzes reduziert, drohen andere Zugangswege zur Unterschicht (wie schwere Krankheit oder Behinderung, unzureichende Bildung, Kriminalität u.ä.) aus dem Blick zu geraten. Drittens können empirisch abgesicherte sozialwissenschaftliche Ergebnisse dazu beitragen, eine gesellschaftliche Problematik auf der Basis objektiver Methoden zu beschreiben und hierdurch die öffentliche Debatte zu versachlichen. Wissenschaftlich fundierte und differenzierte Ergebnisse erscheinen als Leitlinie für eine politische Lösung des Problems besser geeignet als der oftmals unscharf verwendete Begriff einer neuen Unterschicht.

Wissenschaftlich fundierte und differenzierte Ergebnisse erscheinen als Leitlinie für eine politische Lösung des Problems besser geeignet als der oftmals unscharf verwendete Begriff einer neuen Unterschicht.

Literatur

- Ehrhardt, Gisela/Hahn, Toni 1993: Verläufe und Verarbeitungsformen von Arbeitslosigkeit. Ergebnisse einer Paneluntersuchung in Ostberlin, in: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, Jg. 26, Heft 1, S. 36-52
- Geiger, Theodor 1962: *Arbeiten zur Soziologie. Methode – Moderne Großgesellschaft – Rechtssoziologie – Ideologie – Kritik*, Neuwied, Berlin: Luchterhand
- Geiger, Theodor 1967 [1932]: *Die soziale Schichtung des deutschen Volkes. Soziographischer Versuch auf statistischer Grundlage*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft
- Hahn, Toni/Schön, Gerhard 1996: Besonderheiten ostdeutscher Langzeitarbeitslosigkeit, in: Andreß, Hans-Jürgen (Hg.): *Fünf Jahre danach: zur Entwicklung von Arbeitsmarkt und Sozialstruktur im vereinigten Deutschland*, Berlin, New York: de Gruyter, S. 103-138
- Hahn, Toni/Schön, Gerhard 1996a: *Arbeitslos – chancenlos? Verläufe von Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland*, KSPW: Transformationsprozesse, Band 11, Opladen: Leske + Budrich
- Vogel, Berthold 1999: *Ohne Arbeit in Kapitalismus. Der Verlust der Erwerbsarbeit im Umbruch der ostdeutschen Gesellschaft*, Hamburg: VSA
- Voigt, Peter/Hill, Renate 1993: Arbeitslosigkeit – ein spezifisches Phänomen in den neuen Bundesländern? Der Versuch einer Antwort am Beispiel Mecklenburg-Vorpommern, in: Kieselbach, Thomas/Voigt, Peter (Hg.): *Systemumbruch, Arbeitslosigkeit und individuelle Bewältigung in der DDR, Psychologie sozialer Ungleichheit*, Band 4, 2. Aufl., Weinheim: Deutscher Studien-Verlag, S. 101-123